

Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ d. Vereins d. Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen., d. deutsch. Senefelder Bundes, des Verbandes d. Formstecher, Drucker u. verw. Berufsgen. und der deutschen Vereine d. Auslandes.

<p>Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Sonnabends. Abonnementpreis: 1 Mt. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Reg.-Katalog No. 2573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mt. 1.25.</p>	<p>Redaktion und Expedition. Redaktion, Druck und Verlag: Konrad Müller, Schenckli-Verlag, wozu alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.</p>	<p>Insertion. Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementquittung, sowie Vereinskassen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
---	--	---

Buzug ist fernzuhalten
für **Umdrucker, Andrucker, und Maschinenmeister, sowie für Lithographen nach Leipzig in Firma Wezel u. Naumann.**
Der Vorstand.
J. A.: Otto Sillier.

Die Wiener Lichtdrucker
stehen im Streit, die Unternehmer beabsichtigen die dringenden Arbeiten auswärts drucken zu lassen. Solche Aufträge sind zurückzuweisen.
Wien, den 6. März 1895.

Die Umsturzvorlage und das Buchdruckgewerbe.

Eine Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von ca. 2000 Personen besucht war, tagte am Sonntag, den 31. März cr. im böhmischen Brauhause in Berlin.

Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Vortrag des Reichstagsabgeordneten A. Webel über die Umsturzvorlage und das Buchdruckgewerbe. In seinem geistreichen Vortrage führte der allbekannte Redner in 2 1/2 stündiger Rede folgendes aus:

Meine Damen und Herren! Als im Jahre 1890 zum ersten Mal bekannt wurde, daß der jetzige Kaiser nicht mehr gewillt war, zu dem seit zwölf Jahre bestehenden Sozialistengesetz seine Zustimmung zu geben, zitterte das deutsche Bürgerthum. Man hatte sich daran gewöhnt nur die Regierung handeln zu lassen; man war in jenen Kreisen an diesen Zustand gewöhnt und wollte ihn weiter erhalten wissen.

Indem sich die Regierung entschlossen hatte, das Sozialistengesetz aufzugeben, entschloß sie sich gleichzeitig einen internationalen Kongreß zur Beratung der Arbeiterfrage einzuberufen zu der Frage, ob es möglich sei, die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu trennen. Wenn wir fragen, welche Resultate diese Bestrebungen gehabt haben, so ist die Antwort: dieselben sind gleich Null geblieben. Dann wurde eine Gewerbenovelle eingebracht, welche einige Einschränkungen machte, um die größte Ausbeutung der Arbeiter in etwas zu mildern; da, wo zu schlimme Zustände aufgedeckt wurden, sollte der Bundesrat ermächtigt sein, einzugreifen. Gleichzeitig wurde darauf hingewirkt, daß der Kontraktbruch mit Strafe belegt werden sollte. Das Maximum, welches bis zu 6 Monaten angelegt war, ist bis zu 5 Jahren ausgedehnt worden.

Als im Jahre 1893 der große Kohlengräberstreik in England ausbrach und eine große Zahl

von Arbeitern streikten, da kam es dort des öfteren zu Gewaltthätigkeiten, die hier in Deutschland zum Belagerungszustand geführt hätten. Allein diese in England stattgefundenen Exzesse wurden dazu ausgenutzt und als Beispiel dafür angeführt, daß es notwendig sei, gegen solche Ausschreitungen Maßregeln in Deutschland zu treffen. Dann kamen die anarchistischen Ausschreitungen in Frankreich und diese boten unseren „Ordnungshütern“ wiederum Anlaß, nach Ausnahmegeetzen zu schreiben. Heute stehen die Sachen bei uns so, daß die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen nicht nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet sind, sondern überhaupt gegen die Vorwärtstrebenden, welche eine höhere Kulturstufe erreichen wollen. Dies wird als schredlich angesehen und dies soll unterdrückt werden.

Da kam im letzten Jahre das Attentat auf den französischen Präsidenten Carnot, und jetzt ertönte der Ruf, daß es so nicht weiter gehen dürfe. Also Kampf gegen den Umsturz, Ausnahmemaßregeln gegen jede geistige Bewegung! Der Kaiser selbst gab in Königsberg im vorigen Jahre in einer Rede die Parole aus: „Auf gegen den Umsturz“. Die nationalliberalen und mit diesen verwandte Blätter erfassen sofort die Situation und diese Partei war auch die erste, welche auf ihrem Kongreß dazu trieb, die Position auszunützen. Im Jahre 1890 soll der Kaiser im Staatsrat, also in einem engen Kreis von Privilegierten, auf einige Bemerkungen, daß es doch eine Unflugheit war, daß Sozialistengesetze fallen zu lassen, gesagt haben: „Mit der Sozialdemokratie werde ich allein fertig“. Das heißt also, daß, wenn die Bestrebungen ernst werden, ich als oberster Kriegsherr bereit bin, die Maßregeln zu ergreifen, um die Sache niederzuhalten. Man mußte ja auch im Reichstage die Ueberzeugung haben, daß sich die Zustände zu weit entwickelt hatten, und daß man sich von der ganzen Welt diskreditierte, wenn das Sozialistengesetz weiter aufrecht erhalten würde.

Welches ist nun der Grund, der den Kaiser dazu getrieben hat, im Gegensatz zu vor 4 Jahren anderer Ansicht zu sein? Das entzieht sich der öffentlichen Beurteilung und Kenntnis, und kann ich auch nicht sagen. Allein die Thatsache besteht, daß er die Ansicht gewonnen hat, welche der alte Reichskanzler in dieser Frage vertrat.

Wer nun die Ereignisse der letzten Monate im verfloßenen Jahre verfolgt hat, der mußte der Meinung sein, daß der Reichstag seine Zustimmung zu erneuten Ausnahmemaßregeln geben würde. Dieser Glaube wurde noch bekräftigt, als die Umsturzvorlage begründet wurde.

Die Verschärfung bestehender Gesetze hat aber zur Folge, nicht nur die Angehörigen einer bestimmten Partei zu treffen, sondern jeden, ohne Rücksicht, und deshalb mußten die herrschenden Parteien sich sagen, daß gemehrerechtliche Bestimmungen auch sie treffen könne. Wer die Macht hat, hat das Recht. Wer die Macht hat, kann Strafen ausstellen.

In der That enthält das Gesetz Bestimmungen, vor welcher keine Partei sicher ist, bestraft zu werden. Denn, meine Herren, die Richter sind Menschen und irren sich auch. Und sie irren sich um so leichter, wenn sie sich den Einflüssen der Gesellschaftsschichten, in denen sie sich bewegen, nicht entziehen können. Die wenigsten Menschen haben eine solche Summe von Objektivität, um nicht unter solchen Umständen bald nach dieser oder jener Seite anzustoßen. Zweifellos ist es, daß das ein Ultramontaner als eine Gesetzesverletzung ansieht, was ein Liberaler noch nicht dafür hält. Und was hier von Rechtsanwältinnen gilt, gilt auch von den Richtern. Jeder, der in einer katholischen Gegend groß geworden ist, wird es bestätigen können und wissen, daß sich dort die Ansichten nicht mit denen decken, welche in evangelischen Gegenden gäng und gäbe sind u. s. w. Dasselbe Schauspiel bietet die Umsturzkommission, welcher Redner die Ehre hat, anzugehören. Grundverschieden sind die Ansichten der Mitglieder derselben, je nach ihrer politischen oder religiösen Parteistellung.

Bei allen Vergehen und Verbrechen hat der Staatsanwalt das Monopol, das Recht, aber nicht die Pflicht die Anklage zu erheben. Wenn z. B. an Ihrer oder Ihrer Verwandten Ehre ein Attentat verübt ist, so können Sie die Angelegenheit dem Staatsanwalt zur Verfolgung übergeben. Dessen Sache ist es, die Anklage zu prüfen, zu prüfen, ob die Klage erhoben wird oder nicht. Angenommen nun, er thut es nicht, so können sie appellieren. Lehnt auch die oberste Behörde die Verfolgung ab, so können sie nichts dagegen machen, wissen Sie auch ganz genau, daß der Beklagte straffällig ist. Redner stützt nun die verschiedenen Anklageerhebungen durch die Monopolstellung der Staatsanwaltschaft, gegen Sachen die oftmals im Volke nicht als Vergehen angesehen werden. Wenn er (Redner) z. B. entwickeln würde, daß es notwendig sei, zur Erreichung bestimmter Ziele Gewalt anzuwenden, so könnte er wegen Hochverrat angeklagt werden. Wenn aber verschiedene Leute in Wort und Schrift dem deutschen Kaiser den Rat geben, die Verfassung zu brechen, dann findet sich kein Staatsanwalt, der die Betreffenden in den Anklagezustand versetzt. (Zuruf: Sehr richtig!) Wenn aber dem Volke ein solcher Gewaltakt geraten wird, dann ist es etwas anderes. Wenn offiziöse Schriftsteller auftreten, wie der in letzter Zeit vielgenannte Boguslawsky, und die Regierung auffordern, die Verfassung einseitig abzuhändern, d. h. also, eine ungeheuerliche Handlung zu begehen dann findet sich niemand, der solche Leute zur Verantwortung zieht. Solche Vorgänge zeigen aber auch deutlich, welche zweischneidige Waffe das Anklagemonopol ist. Redner geht nun über zur Versprechung über die Beratung der Umsturzkommission und bemerkt, daß in der Sitzung „Lesung“ soviel heißt, wie Beratung. Die Kommission hat das Recht, jedes Gesetz zweimal zu beraten.

der Menschenhand in Fleck und führt die menschliche Gesellschaft dem Verfall, der Auflösung entgegen. Die moderne Entwicklung drängt daher mit elementarer Gewalt zur Abschaffung der Ausbeutung, zu einer vollständigen Neorganisation der Gesellschaft. An Stelle der kapitalistischen Gesellschaft kann und darf nur eine Gesellschaft treten, welche ihren Gliedern ein Leben ohne Ausbeutung garantiert. Deshalb darf diese Gesellschaft keine Individualistische Produktion haben, sondern eine kommunistische.

Gemeinschaftlich erzeugen und gemeinschaftlich genießen, nur dieser Grundgedanke soll Anwendung finden. Die Folge davon wird eine ungeahnte Entwicklung aller vorhandenen Kräfte sein. Die Großindustrie, welche heute in ihren Wirkungen furchtbar ist, muß dann um so sehrbringender sein, weil sie nicht mehr bloß einzelnen, sondern allen zu gute kommt.

Diesem, welche gegen eine kommunistische Produktion zern und sie für unmöglich halten, mögen die Tatsache in Erwägung ziehen, daß die kommunistische Produktion schon heute großartige Fortschritte machen muß, denn um Werke, wie Eisenbahnen, Wasserleitungen, Kanäle, Theater etc. zu schaffen, müssen viele tausend Menschen gemeinschaftlich Hand in Hand arbeiten. Der Unterschied zwischen der zukünftigen und heutigen Produktion wird nur der sein, daß die gemeinschaftliche Betriebsweise großartiger sein wird und der Ertrag allen zufallen wird, die tätig sind. Wenn sich heute schon überall Aktiengesellschaften zusammenschließen müssen, um in der Landwirtschaft wie in der Industrie die möglichst billige und zugleich erträglichste Betriebsweise einzuführen, so ist es klar, daß dann, wenn die gesamte Gesellschaft Leiter und Vorker der Betriebsweise sein wird, die Produktionskraft ins Unendliche steigen muß, denn die größten Betriebe von heute sind Zwergunternehmen gegen die gesellschaftliche Betriebsweise der Zukunft.

Mögen also die Unternehmer ruhig den Bestreben erklären, das sozialistische Proletariat wird sie ruhig streifen lassen, und zwar solange, bis ihnen der Atem ausgeht, bis sie nicht mehr als profitablen Unternehmer, sondern als nützliche Mitarbeiter in Werk und Werkstätte.

Dieser Bestreben wird natürlich nie eintreten, aber was über kurz oder lang eintreten muß, das ist, daß sich die Proletarier aller Länder zu dem Werte vereinigen werden, um die kapitalistische Gesellschaft durch die kommunistische Gesellschaft zu ersetzen.

Erst dann, wenn wir ein Leben ohne Kapitalismus, ohne Unternehmertum haben, können wir sicher sein, daß wir nicht mehr um die Früchte unserer Arbeit gebracht werden, sondern daß wir als freie unabhängige Menschen uns entwickeln können zur Bildung und zum Wohlstand.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine Versammlung der Brüder und Prägerinnen, sowie der Hilfsarbeiterinnen in Steindruckerei tagte am 30. März im Lokale von Grindel. Wegen zu schwachen Besuchs wurde von dem angekindigten Referat der Frau Greifenberg Abstand genommen und sofort in den dritten Punkt der Tagesordnung, Werkhaltungsangelegenheiten, eingetreten. Von einigen Rednern wurde darüber getagt, daß sich die Nacharbeit in den Prägerinnen wieder einzubringen beginne, deren Befristung befristet wurde. Bei Förderung der immer mehr in der Prägerie um sich greifenden Frauenarbeit kam man auch auf die Veruche der Buchbinder zu sprechen, die Prägerinnen dem Verbande der in Buchbinderei und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zuzuführen. Die hierauf eingehenden Redner waren über die Zweckmäßigkeit dieses Bestrebens geteilter Meinung. Dagegen wurde geltend gemacht, daß einer Zersplitterung der Kräfte vorgebeugt werden müßte, die infolge der Organisierung der Prägerinnen bei den Buchbindern zu befürchten wäre, weil doch die Brüder im Verbande der Steindrucker und Berufsangehörigen organisiert seien. Die Gegner dieser Anschauung betonten, daß gegen die Agitation der Buchbinder unter den Prägerinnen nichts eingewandt werden könne, weil es denselben zur Zeit nicht möglich sei, sich dem Verbande der Steindrucker anzuschließen. Schließlich glaubte in Aussicht stellen zu können, daß der Verband der Steindrucker durch seine zu Pfingsten stattfindende Generalversammlung beschließen werde, hinfort Arbeiterinnen aufzunehmen. Schließlich nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammelten wünschen, daß in nächster Zeit noch einige Agitationsversammlungen zum Zwecke der Organisierung der Prägerinnen abgehalten werden, und verpflichten die organisierten Brüder, in ihrer Organisation dahin zu wirken, daß nur Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes der Steindrucker zugeführt werden, welche für die Aufnahme der Prägerinnen eintreten wollen.“

Hannover. Die hiesige lokale Krankenkasse der Steindrucker und Lithographen hielt vor einigen Tagen ihre ordentliche Generalversammlung ab. Da es hier nun aber eine ganze Anzahl Kollegen gibt, welche zufolge eines wahrnehmlich sachweisen, jedenfalls aber unerwarteten Ratfächers der Mitglieder von der Zugehörigkeit zur Kasse ausgeschlossen sind, so sei den Erstgenannten hiermit einmütig aus der Generalversammlung fundgeben. — Auf der Tagesordnung stand u. a.: „Vortrag des Dr. Kantorowicz“. Wesentlich plant man die Einführung der Naturheilmethode für die erwähnte Kasse und da sollte nur der genannte Herr Doktor, als Vertreter der arzenlosen Heilweise und als vorgezählener zukünftiger Kassenarzt der Generalversammlung die Naturheilmethode in ihren Grundgedanken etwas näher erklären. Herr Dr. Kantorowicz entledigte sich denn auch unter großem Beifall der Versammlung seiner Aufgabe. Hierauf fand eine rege Diskussion über den Vortrag statt, in der sich Herr

S., ein Gegner der Naturheilmethode und, laut dem alten Fachvereinsprotokollbuch, ein wütender Anhänger der hiesigen Gewerkschaftsorganisation (erst scheint er anderen Idealen zuzuliegen) wörtlich folgenden Ausdruck leitete: „Gelegentlich des Vortrages in einem hiesigen Verein sagte Herr Dr. Kantorowicz, daß schon die alten Römer das Wasser als Heilmittel anwandten. Wir sind aber keine alten Römer; damals gab es auch noch keine Großindustrie und die Menschen brauchten nicht des Morgens um 7 Uhr in die Fabriken zu laufen, sondern konnten es sich zu Hause gemütlich machen.“ — Daß „wir“ keine alten Römer sind, dieser Einwurf des Herrn S. ist ebenso wahr wie geistreich; daß aber besonders Herr S. keiner ist, wird durch seinen letzten Satz auf das Deutlichste bewiesen. Die alten Römer gelten noch heute als ein äußerst intelligentes Volk, und es würde sich wohl schwerlich je ein alter Römer zu einer solchen tiefsinnigen Behauptung verstehen haben. Dagegen wird aber heute fast jedes Schülchen nachzuweisen im Stande sein, daß es im alten Rom bereits — „Proletariat“ gegeben hat, die es sich aber zu Hause leider nicht „gemütlich“ machen konnten. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein Teil der Mitglieder auf das Peinlichste berührt durch das Vorgehen eines Herrn S., ehemals organisiert und Vertrauensmann der hiesigen Kollegen. Derselbe legte in unachtsamlicher, sittlicher Entrüstung festerlich Verwahrung dagegen ein, als Verfasser eines gewissen, im hiesigen sozialdemokratischen Organ um Abdruck gelangten, mit „S.-d.“ unterzeichneten Artikels, zu gelten. Er liehe in keiner Beziehung dazu und überlasse das Urteil über den Artikel der Versammlung. — Hier muß zum besseren Verständnis der ganzen Angelegenheit erläutert eingehandelt werden, daß unserer Kasse nicht nur Gehilfen angehören, — nein, die Aufnahme derselben wird vielmehr erst, laut § 2 des Statuts, von dem gültigen Beiräte ihrer Herren Prinzipale abhängig gemacht. Also Gehilfen und Prinzipale sind hier in inniger Liebe harmonisch miteinander vereinigt und der § 2 ist das gesetzlich anerkannte würdige Frühlingsdienste dieser zwar nicht ganz reinen, aber desto treueren Liebe. — Also der betreffende Artikel, der den ehemaligen Herrn Vertrauensmann so sehr verchnappt zu haben scheint, richtete sich teilweise in (scharfen, aber zutreffenden Worten gegen den in unseren Kassenverfammlungen immer mehr überhandnehmenden „Personenkultus“ — eine unausbleibliche Folge davon, wenn Gehilfen und Prinzipale Mitglieder eines Vereins sind — und gegen das Teilnehmen der Gehilfen an dem von den Prinzipalen gespeicherten „Freibier“. Hatte nun auch der ehemalige „Vertrauensmann“ formell keine Verpflichtungen mehr seinen Kollegen gegenüber, so war er aber doch als „Arbeiter“ moralisch verpflichtet, sich in dieser Sache mindestens passiv zu verhalten, umso mehr, als ihn ernstlich jedenfalls kein vernünftiger Mensch der Verfasserschaft des verletzten Artikels bezichtigen würde, da er doch selbst an dem „Freibier“ teilgenommen hatte. Daß er aber die Diskussion über den Artikel eröffnete, war intorest und verdient, gelinde ausgedrückt, unvorsichtig genannt zu werden, denn da in der Generalversammlung Arbeiter gegen anwesend waren, so war es naheliegend, daß eine Diskussion für den wütenden Verfasser — der Name ist ja überhaupt nebensächlich — leicht verhängnisvolle Folgen haben konnte, und dann hätte sich der ehemalige Vertrauensmann den Verdacht gefallen lassen müssen, er habe in denunziatorischer Absicht eine Diskussion über den Artikel herbeiführen wollen. — Dies zur Voreberziehung! — Die Versammlung verließ aber trotz dieses unangenehmen Zwischenfalles in gewohnter Harmonie; denn zum Schluß unternahm es Herr Schw., die Mitglieder aufzufordern, zu Ehren des Vorstandes und in Anbetracht seiner Verdienste um die Kasse, sich von ihren Sigen zu erheben. Leider machte diese etwas unvermittelt in Szene gesetzte sichtlich aber gutgemeinte Ovation, einen lächerlich verflämerten Eindruck, denn die ganze Versammlung stand schon sprunghaft zum Nachgange. Demnach soll es ja besonders protokollarisch registriert werden, wenn der Vorstand in einer Versammlung nicht mindestens dreimal angehocht, oder ihm nicht sonstwie irgend eine schwallige, übertriebene Ehrenbezeugung zu Teil wird.

Karlruhe. Am 28. März fand hier in der „Kronenhalle“ eine Versammlung aller im graphischen Gewerbe Beschäftigten statt, in welcher Kollege D. Silller aus Berlin über „Die Verteilung des Arbeitsertrages“ referierte. — In heutiger Zeit, so führte Redner aus, taucht die Behauptung auf, daß unter den Arbeitern überhaupt kein Notstand herrsche, sondern daß die ganze Notlage auf die agitatorische Tätigkeit einzelner Heiser zurückzuführen sei. Wir haben nun zu unteruchen, ob der Arbeiter in die Möglichkeit versetzt ist, in menschenwürdiger Weise leben zu können. In 1/4-jährigen Rede führte Kollege S. den Nachweis, daß dies nicht möglich sei. Als trasses Beispiel führte derselbe die Lage der deutschen Weber im allgemeinen und die der sächsischen Weber im besonderen an, deren Löhne 25 und 54 Pf. betragen, 75 Pf. pro Tag aber nicht übersteigen. Selbst unter den die graphischen Gewerbe Ausübenden finden wir, daß die Lage vieler derselben, der Buchbinder im besonderen, nicht viel besser ist. Auch hier beginnt die „Entlohnung“ mit 5 Mk. die Woche (ohne Kost und Logis) und Löhne von 7, 8 bis 12 Mk. finden auch bei den Steindruckern, Lithographen, Buchdruckern etc. nichts seltenes mehr. Als Gegenstück führte er die „Löhne“ der Bankdirektoren vor Augen, welche pro Jahr 553 000, 335 000, 175 000 Mk. etc. betragen. Daß diese Bevorzugten, diese „Elite“, tausendmal mehr Hunger haben sollten, als denn diese Leute, dürfte wohl bezweifelt werden. — Können denn diese Zustände befristet werden? Ja, sagte der Referent, wenn sich die Arbeiter in festen Organisationen zusammenschließen und alle die Interessen des Einzelnen vertreten. Die Organisation ist für den Arbeiter ein scharfes Schwert, welches nur noch des erkrankten Armes bedarf. Die Gründe,

welche die Nichtverbänder für ihr Verhalten anföhren, sind alle null und nichtig, denn der Verband würde noch weit mehr leisten, wenn alle Arbeiter organisiert wären. Zum Schluß forderte der Redner alle Nichtverbändersmitglieder auf, einzutreten in unsere Reihen, die Vorortelle fallen zu lassen und mitzumirken an der Lösung der großen Arbeiterfrage. Denjenigen, welche im Verband sind jagte er, daß ihr Wirken ein endloses sein müßte und empfahl besonders die mündliche Agitation. — Der Vortrag wurde mit lautem Beifall aufgenommen und der Vorliegende des Buchdruckerverbandes, Herr Striten, dankte im Namen der Anwesenden und forderte dieselben zum Erheben von ihren Sigen auf, was auch geschah. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige im Lokal zur „Kronenhalle“ stattfindende öffentliche Versammlung der im graphischen Gewerbe Beschäftigten giebt nach einem bereiten Referat des Kollegen Silller, Berlin, ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Lage der Gewerbe durch die herrschende Arbeitslosigkeit eine höchst traurige ist, daß sie daher den erneuten Anlauf der herrschenden Klasse, durch Umluzierung der Arbeiter vollends mündig zu machen und in Verbindung mit der, wiederum in den Reichstag eingebrachten Tabaksteuer, eine große Zahl der graphischen Arbeiter brotlos zu machen, ganz entschieden verurteilt.“ Es folgte darauf eine längere Diskussion, worin auch der Vorschlag gemacht wurde, im Frühjahr oder Sommer vereinigt eine Agitationstour nach Baden-Baden zu machen. Der Antrag wurde angenommen mit der Bestimmung, daß die Vorstände der hiesigen Mitgliebschaften sich darüber klar werden. Auch einige Stimmen ließen sich hören, welche die Gründung einer „graphischen Union“ in Anregung brachten. Es sind aber leider hier in Karlsruhe schon viel schlimme Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht worden, und so wagen sich denn die Beteiligten nur mit Zagen an eine Wiederaufrichtung der Union. Sollte dies aber der Fall sein, so ist ein bei der Diskussion Beteiligter vor, dann sollten die Arbeiterinnen davon ausgeschlossen sein, ein anderer jagte, daß erst die Union eine längere Zeit bestehen müßte, damit sie nicht von Anfang an auf die Beiträge der Arbeiterinnen angewiesen sei etc. Auch wurde ein Vorschlag gemacht, ein Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den verschiedenen Gewerkschaften herbeizuföhren, was aber von anderer Seite als verführt bezeichnet wurde. — Kollege Silller betonte in seinem Schlüsselwort, daß die Arbeiterunterfrage für uns so wichtig sei, daß wir keine Mühe scheuen dürfen, und auch diese in unsere Kreise zu ziehen. Die Arbeiterin bedeutet für den Kapitalisten die billige Arbeitskraft und darum verdrängen diese den Arbeiter immer mehr und mehr. Dies ist eine Quelle der furchtbaren Arbeitslosigkeit, aber nicht die einzige. Betrachten wir die technische Bevölkerung der Reichthümer seit 10 Jahren; wie wird es nach weiteren 10 Jahren ausfallen? Es werden immer neue Arbeitermassen brotlos. Betrachten wir unsere Lage recht, die achtstündige Arbeitszeit sei dann nur noch eine Frage der Zeit. Die Maschinenstechnik soll aber nicht erstickt werden, wir wollen auch die Arbeiterinnen nicht mit Gewalt aus ihren Stellen vertreiben, sondern wir wollen sie organisieren und auf geselligem Wege die achtstündige Arbeitszeit erlangen. Damit ist aber nicht der Entwurf der gesamten Arbeiterorganisations erreicht, dies ist erst das Mittel zum Zweck einer gerechten Verteilung des Arbeitsertrages. — Zum Schluß brachte der Vorliegende noch ein begeltes aufgenommenes Hoch auf die gesamte organisierte Arbeiterkraft aus, worauf die Versammlung geschlossen wurde. E. G.

Nürnberg. Die am Mittwoch, den 3. April im Lokal „Geldne Rose“ tagende Mitgliebsversammlung der hiesigen Zahlstelle beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Protokoll; 3. Der Streik der Lithographen in Wien; 4. Stellungnahme zur Generalversammlung, event. Delegiertenwahl; 5. Innere Vereinsangelegenheiten. — Nachdem erstere zwei Punkte ihre Erledigung gefunden hatten, nahm man Stellung zur Wiener Streikbewegung. Den anwendenden 4 Lithographen, die der direkten Einladung der Verwaltung gefolgt waren, wurde die Sachlage des Streiks durch Kollege Leist klar vor Augen geföhrt, zwei derselben fühlten sich durch die Ausführungen veranlaßt, dem Verein beizutreten. In der Sache selbst wurde beschlossen, eine einmalige Sammlung zu veranstalten. — Zum 4. Punkt übergehend, wies der Vorliegende, Kollege Warfman, auf die Befanntmachung des Vorstandes und Ausschusses hin. — Hierzu bemerkte Kollege Leist, daß der Vorstand wie auch der Ausschuß Rücksicht auf die schlechte Kassenlage genommen habe. Die Kassenunterstützung bedürfe einer gründlichen Reorganisation und dies könne auf dem Wege der Abstimmung nicht vorgenommen werden. Die Erfolge, die sie erzielen sollte, sind nicht entzogen. Entweder muß die Ausgablung an Bahn- und Zupfretende eine gleiche sein, oder die Kassenunterstützung muß fallen. Zur Arbeitslosenunterstützung bemerkt Redner, daß dieselbe wohl der Generalversammlung keine große Arbeit ausfalle, da schon durch die Urabstimmung das richtige Urteil geföhrt worden ist. Redner ist überhaupt der Meinung, daß das ganze Unterstüzungsweien ein Schaden sei, als Kampfsorganisation würde die Gewerkschaft besser bestehen. Auch ein triftiger Grund zur Abhaltung der Generalversammlung liegt in der Regelung der „Graph. Presse“. Es sei die Frage aufzuwerfen, ob es nicht besser sei, wenn die Presse dort hergestellt wird, wo der Vorstand seinen Sitz hat. Kollege Werthner fügt den Ausführungen hinzu, daß auch die provisorische Vertragsverhöhung eine bedingte Befriedigung bedürfe. Auch die Arbeitslosenunterstützung, welche zwar abgelehnt, aber immer und immer wieder erscheinen werde, muß einer gründlichen Beratung unterzogen werden. Die Einführung, so meint Redner, würde die Gewerkschaft nur stärken, für ihn sei der Name Kampfsorganisation eine leere Phrase, als Mittel zum Zweck brauchen wir die Arbeitslosenunterstützung. Kollege

